

DER SPRINGENDE Nürnberg SPD PUNKT

» DIGITALE DISKUSSION
mit Mittelstand in
Mittelfranken

» AUS DEM LANDTAG
Probleme junger Menschen
müssen von der Politik mehr
beachtet werden



Liebe Leserinnen
und Leser,

die Corona-Pandemie hält das Land weiter im Griff. Das hat finanzielle Folgen, die diejenigen besonders hart treffen, die ohnehin wenig haben. Als SPD machen wir uns für diese stark. Erwachsene, die Existenz sichernde Leistungen beziehen, werden im ersten Halbjahr 2021 pauschal einmalig einen Corona-Zuschuss in Höhe von 150 Euro erhalten.

Zudem gibt es auch 2021 einen einmaligen 150 Euro Kinderbonus als Aufschlag auf das Kindergeld; dieser wird aber nicht auf die Grundsicherung angerechnet.

Mit dem Sozialschutzpaket I wurde ein vereinfachter Zugang zu den Grundsicherungssystemen geschaffen. Diese Regelung wird jetzt bis zum 31. Dezember verlängert. Damit wird sichergestellt, dass niemand pandemiebedingt seine Wohnung aufgeben muss oder das, was etwa für das Alter zurückgelegt ist.

Also: Unsere SPD-Politik wirkt!

Euer

Thorsten Brehm



IM KAMPF GEGEN RASSISMUS –

INTERVIEW MIT JUNGEN AKTIVIST*INNEN
DER NÜRNBERGER BLACK

COMMUNITY FOUNDATION

Kundgebung am 06.06.2020.
Fotograf: @lyghtart auf Instagram

Im Rahmen der Nürnberger Wochen gegen Rassismus möchten auch wir unseren Beitrag dazu leisten und unseren Genoss*innen das Thema näher bringen. Dafür haben wir uns Hilfe von den jungen Aktivist*innen der Black Community Foundation (BCF) geholt. Im Zuge eines Interviews mit einer der Gründer*innen Mina Bajalani und dem Mitglied Lena Mariama Meinhold haben wir versucht, unter anderem mehr über die wichtige Arbeit der BCF zu erfahren.

Wer seid ihr und wie kam es zur Gründung der BCF in Nürnberg?

Durch Social Media hat sich zuallererst das Kernteam, bestehend aus Danial Eshete,

Akim Gubara und Mina Bajalani, gebildet und nach den zwei Kundgebungen kamen die anderen Mitglieder*innen, unter anderem auch Lena Mariama Meinhold, hinzu. Als unsere Instagram Posts und die Kundgebungen immer mehr Zuspruch fanden, beschlossen wir, mit dieser Möglichkeit etwas Greifbares aus unseren Ideen zu entwickeln. So haben wir ein Leitbild entworfen, worauf kontinuierlich hinarbeiten. Wir bestehen mittlerweile aus zwölf jungen und sozial engagierten Personen, wobei sich sehr oft Leute bei uns melden, um Teil unserer Bewegung zu werden.

Was ist das Ziel der BCF?

Unser Ziel ist es, auf den Alltagsrassismus »»

und im Allgemeinen auf den strukturellen Rassismus in unserer Gesellschaft aufmerksam zu machen. Aber nicht nur der Hinweis auf diesen, sondern auch das Näherbringen der antirassistischen Denkweisen und den Umgang mit diesen ist ein wesentlicher Bestandteil unserer Ziele. Neben dem vorherrschenden Rassismus ist auch die Dekolonialisierung ein entscheidendes Ziel der BCF Nürnberg. Die Ziele werden auf verschiedenster Weise und mit unterschiedlichen Mitteln versucht zu erreichen, um den Rassismus auf allen Gesellschaftsebenen und -strukturen abzuschaffen.

Durch die Black Lives Matter Bewegung im Sommer 2020 ist das Thema Rassismus auch in Deutschland zunehmend in den Vordergrund gerückt. Wie äußert sich Rassismus in Deutschland und wo liegen seine Ursachen?

Die Folgen der Rassifizierung und der Kolonialzeit, die nicht vollständig aufgearbeitet wurde, sind zwei von vielen Ursachen, für den immer noch bestehenden Rassismus. Eine weitere Ursache ist die Ignoranz der antirassistischen Denkweisen seitens vieler anderer Menschen, die keinen Rassismus aufgrund ihrer White Privileges (Privilegien, die ein Weißer im Gegensatz zu einem Schwarzen besitzt) erfahren. Rassismus zeigt sich aber für die Nicht-Privilegierten und Betroffenen in allen Lebensbereichen, sei es im Alltag, auf dem Arbeits- und Wohnungsmarkt, aber auch im eigenen privaten Umfeld. Zudem wachsen wir alle in einer weißen Mehrheitsgesellschaft auf, in denen Klischees und Stereotypen fast zur Norm geworden sind, was sich jedoch ändern sollte. Solange keine Maßnahmen ergriffen werden, wird sich der strukturelle Rassismus in unserer Gesellschaft warmhalten und sehr schwer nachhaltig bekämpft werden.

Was hat sich seit letztem Sommer getan? Habt ihr den Eindruck, wir haben Fortschritte gemacht?

Durch unsere Proteste haben wir mediales Echo und Aufmerksamkeit erregen können, weshalb uns auch mehr Möglichkeiten offenstanden in den letzten Monaten, wie z.B. Fernsehauftritte, Interviews oder auch das Teil-Werden der politischen Agenda im Stadtrat. Jedoch sind dies nur Mikroschritte, da es immer noch Menschen gibt, die unsere Ideen nicht teilen oder sogar ablehnen. Uns freut es dennoch, dass die Zahl der Menschen, die uns ein Ohr und Unterstützung anbieten, immer größer wird, was für unsere Ziele ein gutes Fundament darstellt.

Was gibt es hier vor Ort in Nürnberg zu tun? Global, bundesweit und auch auf Kommunalebene gibt es viel zu tun und zwar dieselben Aufgaben: Aufklärung über Rassismus



Mina Bajalani und Lena Mariama Meinhold (Interviewpartnerinnen).

und Diskriminierung in der Schule, Universitäten und auch in der Arbeit. Aber auch innerhalb Nürnbergs Infrastruktur gibt es Bedarf an Änderungen, und zwar Straßenumbenennungen. Es gibt nämlich immer noch Straßen, die Namen von Kolonialisten tragen oder nach einer rassistischen Bezeichnung für Schwarze benannt wurden. Vielen BIPOC (Black, Indigenous and People of Color) stören diese Straßennamen sehr, weil diese mit sehr viel Leid und Traumata in der Vergangenheit verbunden sind. Und vor allem sollte Nürnberg als die Stadt der Menschenrechte frei von solchen nicht mehr zeitgemäßen Straßenbezeichnungen werden.

Was kann auf politischer Ebene gegen Rassismus getan werden?

Mit der Unterstützung vieler Politiker*innen können wir unsere weiteren Forderungen im Stadtrat vorstellen und diese verwirklichen. Aber auch das Dilemma um die Straßennamen kann auf politischer Ebene gelöst werden. Ansonsten würde es uns alle sehr freuen, wenn das Thema Rassismus und Diskriminierung gegenüber BIPOC und POC weiterhin einen Tagesordnungspunkt im Stadtrat einnimmt, da diese Bewegung nicht als eine Art Hype angesehen werden sollte, sondern ein fester Bestandteil unserer Gesellschaft werden müsste.

Was kann jede*r Einzelne von uns tun? Wie können Menschen, die nicht selbst von Rassismus betroffen sind, dagegen vorgehen und auch ihr eigenes Verhalten verbessern?

Es ist äußerst wichtig, den betroffenen Menschen ein Ohr und Glauben zu schenken, da Rassismus auch sehr oft mit Traumata der Personen verbunden ist und man deshalb sehr vorsichtig bei sensiblen Themen sein sollte. Ein weiterer wichtiger Aspekt ist die Selbstreflexion, wodurch man eigene vergangene Handlungen überdenkt und für das nächste Mal aus seinen Fehlern lernt,

und auch nun weiß, wie man sich in bestimmten Situationen am besten verhalten sollte. Zuletzt: Weiterbildung! Diskriminierung kennt kein Alter und keinen Bildungsstand, weswegen man sich Wissen aneignen sollte, um den Rassismus zu verstehen und nachhaltig zu bekämpfen.

Was sind die nächsten Schritte? Plant ihr weitere Aktionen?

Wir sind bezüglich unserer nächsten Schritte breit aufgestellt und haben einiges in Planung, unter anderem ein Bildungskonzept für Schulen, die Straßenumbenennungen und verschiedene Workshops, die von uns gehalten werden. Weitere größere Aktionen wie Kundgebungen oder Proteste werden in den nächsten Monaten nicht möglich sein, was uns jedoch nicht davon abhält, diese im Hinterkopf zu behalten. Eine Sache, die kontinuierlich und jeden Monat geplant und durchgeführt wird, ist unsere Radiosendung Schwarzsehen Podcast auf Radio Z. Wir sind dort jeden ersten Mittwoch im Monat zu hören und sprechen innerhalb der Gruppe über Themen, die uns am Herzen liegen, aber auch über Dinge, die einem meist erst beim zweiten Zuhören so wirklich bewusstwerden, wie z.B. White Fragility („Weiße Zerbrechlichkeit“), Schwarze in der Film- und Musikindustrie, aber auch bald die Rolle der schwarzen Frau in der Gesellschaft.

Fazit: Wir würden uns über eine weiterhin rege Zusammenarbeit mit dem Stadtrat und dem Oberbürgermeister freuen, um die großen Fortschritte in der Zukunft gemeinsam zu zelebrieren. Falls ihr mehr über uns wissen wollt, könnt ihr uns auf Instagram folgen, um immer auf dem neusten Stand zu bleiben!

Instagram: @bcf.nuernberg und @schwarzsehen.podcast

DIGITALE DISKUSSION MIT MITTELSTAND IN MITTELFRANKEN

von GABRIELA HEINRICH, MdB

In Deutschland gibt es vier Millionen Unternehmer und Selbstständige. Der Lockdown und die Auswirkungen der Corona-Pandemie treffen viele von ihnen schwer, darunter Gastronomen, Hoteliers, Reisebüros sowie Einzelhändler. Wir haben auf Bundesebene bereits zahlreiche Hilfsmaßnahmen auf den Weg gebracht. Doch wie geht es dem Mittelstand eigentlich? Kommen die Hilfen von Bund und Ländern an? Sind überhaupt alle Hilfen bekannt?

Unter dem Titel „**Welche Hilfen gibt und braucht es in Zeiten von Corona für den Mittelstand?**“ lud ich zusammen mit Martina Stamm-Fibich MdB (Erlangen) und Carsten Träger MdB (Fürth) zu einer digitalen Veranstaltung Anfang Februar ein. Als Experten hatten wir unseren Bundestagskollegen und Mitglied im Finanzausschuss, **Michael Schrodi**, eingeladen. Dieser verwies gleich zu Beginn der Veranstaltung auf die zahlreichen Hilfs-

maßnahmen, die im letzten und diesem Jahr auf den Weg gebracht wurden, um die wirtschaftlichen Folgen abzumildern.

Schon bisher gibt es für diejenigen Unternehmen, die bereits seit dem 2. November 2020 bundesweit geschlossen sind, die „**November bzw. Dezemberhilfe**“. Es wird ein nicht rückzahlbarer Zuschuss von bis zu 75 Prozent des Umsatzes des Vorjahresmonates gewährt. Diese Hilfe gilt zum Beispiel für Restaurants, Hotels, Bars, Theater und Veranstaltungshäuser. Bayernweit sind allein von der Novemberhilfe bisher 640 Millionen Euro ausgezahlt worden.

Neu hinzugekommen ist die **sogenannte Überbrückungshilfe III**, die auf der Ende Dezember ausgelaufenen Überbrückungshilfe II aufbaut. Sie sieht Zuschüsse von bis zu 90 Prozent zu den betrieblichen Fixkosten vor (z.B. Miete des Ladenlokals). Voraussetzung ist, dass ein Betrieb mindestens 30 Prozent des Umsatzes aufgrund der Pandemie verloren hat. Der Förderzeitraum ist Januar bis Juni 2021, sie kann aber auch noch rückwirkend für November und Dezember 2020 beantragt werden.

Die Überbrückungshilfe III bringt erhebliche Verbesserungen. Die Förderhöchstgrenze wird auf 1,5 Millionen angehoben, was vor allem für sogenannte **Verbundunternehmen** wichtig ist – zum Beispiel ein Betrieb mit mehreren Hotels. Hier darf nämlich nur ein Antrag für alle zusammen gestellt werden und bisher lag die Förderhöchstgrenze bei 50.000 Euro. In der Diskussion wurde am Beispiel eines Familienbetriebs aus Nürnberg deutlich, dass die Überbrückungshilfe II die realen Kosten nicht abdecken konnte. Umso wichtiger ist nun die Erhöhung.

Die Überbrückungshilfe III sieht zahlreiche weitere Verbesserungen vor. Zugunsten des seit Mitte Dezember geschlossenen Einzelhandels kann der Wertverlust von **Saisonware** (z.B. Weihnachtsartikel oder Wintermode) nun berücksichtigt werden. Auch speziell für Reisebüros gibt es weitere Verbesserungen. Für alle gilt, dass künftig die Kosten für bauliche Modernisierungs-, Renovierungs- und Umbaumaßnahmen zur **Umsetzung von Hygienekonzepten, Marketingkosten** und auch **Abschreibungen** berücksichtigt werden können. Letzteres ist zum Beispiel für Taxibetriebe und Schausteller wichtig,

wenn sie Kredite für ein Karussell oder einen Wagen bedienen müssen.

Auch für **Solo-Selbständige** gibt es eine erhebliche Verbesserung – das war ein wichtiges Anliegen der SPD. Hier gibt es künftig die einmalige „**Neustarthilfe**“. Michael Schrodi stellte auch noch einmal klar, dass Anträge auf diese Hilfe bis zu 7.500 Euro auch ohne Steuerberater gestellt werden können. Die Hilfe nutzt allen, die keine Überbrückungshilfe bekommen, da sie keine Betriebskosten haben.

In der Diskussion wurde klar, wie vielfältig die einzelnen Bedürfnisse sind. Das wurde am Beispiel eines Start-Ups deutlich, das in der Pandemie erst gegründet wurde. Kritik gab es vor allem an der Bürokratie, der Dauer der Auszahlung und der Höhe der Abschlagszahlungen. Die **Anträge für die neue Überbrückungshilfe III** können leider erst im Februar gestellt werden. Aber: Künftig sollen Abschlagszahlungen bis zu 100.000 Euro im Monat möglich sein und dann direkt starten. Der Bund will damit einen Teil des Geldes vorstrecken, bis die vollständige Auszahlung durch die Länder im März erfolgt.

Neben der Überbrückungshilfe gibt es weitere Hilfen, wie günstigen Kredite, steuerliche Erleichterungen und die Aussetzung der Insolvenzantragspflicht. Schließlich steht den Unternehmen das von der SPD gebaute **Kurzarbeitergeld** weiterhin als eines der wichtigsten Instrumente zur Verfügung. Betriebe werden damit von den Personalkosten entlastet und sind nicht gezwungen, die Beschäftigten zu entlassen. Das ist ein entscheidender Grund dafür, dass die Arbeitslosenzahlen in der Pandemie nicht so stark gestiegen sind, wie befürchtet.

Insgesamt, so Michael Schrodi, sind wir im europäischen und internationalen Vergleich relativ ordentlich durch die Krise gekommen. Bei allen Hilfen gibt es leider immer wieder Lücken, bei denen der Finanzausschuss, soweit diese bekannt sind, zusammen mit dem Wirtschafts- oder Finanzministerium versucht, umgehend Abhilfe zu schaffen.

Unser Land hat die finanzielle Kraft, alles zu tun, was nötig ist, um die mit der Pandemie verbundenen wirtschaftlichen Folgen abzufedern und die Arbeitsplätze zu sichern. Dafür hat Olaf Scholz gesorgt!

Impressum

Herausgeber: SPD Nürnberg

Verantwortlich: Andreas Mittelmeier

Redaktion: Thorsten Brehm, Vanessa Kurowski

Grafische Gestaltung: Michael Graf

Redaktionsanschrift: der springende punkt
Karl-Bröger-Str. 9
90459 Nürnberg

E-Mail: dsp@spd-nuernberg.de

Tel: 0911 - 438960

Der „springende Punkt“ ist die werbefreie Zeitung der SPD Nürnberg und erscheint jeweils am Anfang eines Kalendermonats.

Auflage: 5.500 Exemplare



WORKING ON UPDATES – DON'T TURN OFF YOUR PC. THIS WILL TAKE A WHILE.

BERICHT AUS DER WAHLNACHLESE-KOMMISSION – KOMMUNALWAHL 2020

von ARNE ENGELHARDT

Wer kennt sie nicht, diese netten Systemhinweise, wenn mal wieder Updates, Anpassungen und Veränderungen am Betriebssystem vorgenommen werden. Meist lässt einen der letzte Satz aufhorchen – dies kann einen Moment dauern...

Wir – das sind die Mitglieder der Wahlnachlesekommission – arbeiten ebenfalls an Updates, Anpassungs- und Veränderungsvorschlägen. Und ja, auch diese Arbeit wird einen Moment dauern und Zeit in Anspruch nehmen. Aber – und das ist der große Unterschied der Systemupdateanzeige beim PC – wir möchten euch über Zwischenstände, Erkenntnisse und Ideen berichten, auch wenn der Updatevorgang noch nicht komplett abgeschlossen ist.

Seit September existieren und arbeiten wir nun – unter all den coronabedingten Einschränkungen und trotz technischer Hürden, gaben uns eine innere Struktur, teilten die Auf-

arbeitung der für uns bitteren Kommunalwahl 2020 in Themenbereiche auf, die nun von Arbeitsgruppen angegangen wurden und je nach Zuschnitt bereits zu ersten Zwischenständen und -erkenntnissen führten.

In der Analogie der Statusanzeige beim PC-Update stehen wir zwischen „Updates werden vorbereitet“ und „Updates werden verarbeitet“.

Wir sind also dabei, die Updates vorzubereiten, soll heißen, zu großen Teilen befinden wir uns in Analyse- und Auswertungsprozessen des Bisherigen. Die heiße Phase der Arbeit an zukunftsweisenden Ideen, Anpassungen, Veränderungen hat in einigen AGen zwar bereits begonnen und bei anderen steht dies kurz bevor, doch auch hierbei fällt immer wieder auf, dass es noch mehr Vorinformationen braucht, um tatsächlich fundierte „Updates“ für das System bereitstellen zu können.

Im ersten Plenum 2021 legten daher die AG Wahlkampf und die AG Datenanalyse einen ersten recht ausführlichen Zwischenbericht vor.

Wie zu vermuten, spielt die AG Datenanalyse bei der Gewinnung und Bereitstellung von Informationen – vor allem im Bereich statistischer Erhebungen, der Analyse der Kommunalwahlergebnisse, aber auch bei der Validierung von Strukturen und Mechanismen in der Vorbereitungsphase und im Wahlkampf für die Kommunalwahl 2020 – generell und speziell für die Arbeit der übrigen Arbeitsgruppen eine wesentliche Rolle.

Grundlegend wurden in einem ersten Schritt die vom Amt für Statistik veröffentlichten Datensätze zur Kommunalwahl hinsichtlich Ergebnis-TOPS und Ergebnis-FLOPS der SPD in den statistischen Bezirken allgemein und auch noch differenzierter hinsichtlich des Umgangs mit der SPD-Liste in den Bezirken bei der Stimmvergabe ausgewertet. Dadurch wird ein Blick auf Hochburgen, aber auch „weiße Flecken“ in der Stadtkarte möglich und somit auch ein Vergleich im Hinblick auf Veränderungen, Wählerwanderungen etc. In einem weiteren Schritt ergaben sich bereits aus diesen Informationen Fragestellungen, die dann noch durch Anfragen und Nachfragen aus anderen Arbeitsgruppen ergänzt dazu führten, dass nun auch IHR einbezogen werden sollte, um die reine Statistik auch mit den Mechanismen und Abläufen in Verbindung zu setzen. So werden

einige von euch in den nächsten Wochen Zugang zu und Zugriff auf Fragebögen erhalten, die sich in einer ersten Umfragerunde an folgende Zielgruppen wenden werden: Kandidat*innen Kommunalwahl 2020, Ortsvereinsvorstände und -delegierte sowie die Wahlkampfkommission.

An dieser Stelle – ganz die Analogie des PC-Updates verlassend – eine Bitte an euch, die ihr die Fragebögen erhaltet: Füllt die Fragebögen zeitnah aus, sendet diese, wenn nötig, zeitig zurück, damit die Auswertung beginnen und das Ergebnis den anderen Arbeitsgruppen zur Verfügung gestellt werden kann.

Die AG Wahlkampf legte den Finger ganz bewusst in offene Wunden und stellte ganz deutlich klar, dass es für einen gelingenden Wahlkampf und somit eine erfolgreiche Wahl ein starkes Miteinander braucht. Das klingt sicherlich nach Plattitüde, aber wie so oft gilt, dass Plattitüden Inhalt brauchen, damit letztlich nicht nur eine Worthülse übrigbleibt, und dieser wurde auch geliefert. Die SPD Nürnberg ist mitgliederstark, verfügt dadurch über viel Erfahrung und viele erfahrene Wahlkämpfer*innen und aktive wie ehemalige Mandatsträger*innen. In einer solch großen Organisation braucht es dann Transparenz und Klarheit für Strukturen, Prozesse und Kommunikation – ob nun als altgedient, erfahren oder reich an Wissen umschrieben, es gilt, dass wir diese Genoss*innen – auch wenn sie nicht mehr antreten – genau hierbei einbinden. Mit dieser Klarheit und gegenseitigen Unterstützung können dann auch unsere Ortsvereine den Wahlkampf mitgestalten, da klar ist, woher Unterstützung – strukturell, personell und vielleicht auch finanziell – kommen kann und wird. Und Unterstützung ist auch für unsere Kandidat*innen notwendig – untereinander, aus dem Unterbezirk, aus der Wahlkommission, aus den Ortsvereinen, damit unsere Liste als eine starke Einheit mit vielen Gesichtern, Kompetenzen und Interessen wahrgenommen werden kann.

Und auch für die AG Wahlkampf werden eure Rückmeldungen über die Fragebögen nochmals zusätzliche Informationen und Wissen bereithalten, um die umrissenen Stellschrauben noch zielschärfer einstellen zu können.

Sobald in den nächsten Plenumsitzungen neue Zwischenstände der Arbeitsgruppen vorgestellt wurden, werden wir auch euch wieder über das „Working on updates“ informieren und auf dem Laufenden halten.

SPD STELLT WEICHEN FÜR DIE BUNDESTAGSWAHL

GABRIELA HEINRICH UND THOMAS GRÄMMER KANDIDIEREN



Gabriela Heinrich



Thomas Grämmer

Am Samstag, den 20. Februar war es endlich soweit: unsere beiden Kandidat*innen für die anstehende Bundestagswahl wurden nominiert. Da die rechtlichen Hürden bei der Nominierung sehr hoch sind, fanden die Bundeswahlkreis-Konferenzen im Präsenzformat im Gesellschaftshaus Gartenstadt statt - unter sehr strengen Hygieneauflagen. Wo unter normalen Umständen rund 600 Personen Platz finden, waren diesmal mit viel Abstand und Masken nur Delegierte, Kandidat*innen und wenige Funktionäre eingeladen.

Am frühen Vormittag trafen sich zunächst die Delegierten des Bundeswahlkreises Nord, um über ihre Kandidatin abzustimmen. Die stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Gabriela Heinrich kandidiert im Nürnberger Norden erneut für den Bundestag. „Sozial, digital, klimaneutral - so werden wir als SPD gemeinsam in den Wahlkampf gehen. Wir wollen unsere gute Arbeit der letzten Jahre in einer neuen Regierung weiter fortsetzen. Für ein Land mit einer guten Infrastruktur, einem ökologischen Umbau, der für alle bezahlt ist und keinen zurücklässt und mit einem starken Sozialstaat für alle, die ihn brauchen“, unterstreicht Heinrich in ihrer Rede. Gabriela Heinrich bekam bei ihrer Wahlkreis-Konferenz 61 von 73 abgegebenen Stimmen und darf somit erneut ins Rennen um einen Platz im Bundestag.

Zur Mittagszeit fand die zweite Bundeswahlkreis-Konferenz statt. Insgesamt traten für den Wahlkreis Nürnberg Süd/ Schwabach vier Kandidat*innen gegeneinander an: Cornelia Spachholz, Victor Strogies, Marco Knoll und Thomas Grämmer. Die Delegierten entschieden sich für den Diakon Thomas Grämmer. Er konnte die Anwesenden von sich überzeugen: „Verantwortung in der der Gesellschaft zu übernehmen ist der Kern meine Motivation. Es ist mein innerster Antrieb gemeinsam mit den Menschen nach dem Besten für unsere Region zu streben. Ich bin überzeugt, dass wir es selbst in der Hand haben, die Dinge zum Positiven zu verändern – für uns selbst, in unserem familiären und freundschaftlichen Umfeld, und eben auch als Gesellschaft.“ Thomas Grämmer erhielt im zweiten Wahlgang 40 Stimmen, Cornelia Spachholz 25 Stimmen, es gab eine Enthaltung. Victor Strogies und Marco Knoll verzichteten auf eine Kandidatur im zweiten Wahlgang.

Abschließend verkündete unser Nürnberger Parteivorsitzender Thorsten Brehm: „Ich freu mich, dass wir mit einer überzeugenden Mischung aus Erfahrung und Esprit in diese wichtige Bundestagswahl ziehen. Mit Olaf Scholz an der Spitze wollen wir die nächste Bundesregierung anführen und die sozialökologische Erneuerung unseres Landes vorantreiben.“

EINLADUNG

Öffentliche Online-Diskussionsveranstaltung der SPD-Stadtratsfraktion

„Home, sweet home“ – Geschlechtsspezifische Rollenverteilung in Zeiten der Pandemie

mit

Prof. Dr. Jutta Allmendinger
Präsidentin des Wissenschaftszentrums
Berlin für Sozialforschung

Gabriela Heinrich
stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion

Gabriele Penzkofer-Röhl
Frauenpolitische Sprecherin der
SPD-Stadtratsfraktion

Donnerstag, 11. März 2021,
19.00 Uhr

Anmeldung: spd@stadt.nuernberg.de
oder 0911-231-2906.

Weitere Informationen unter
spd-stadtratsfraktion.nuernberg.de.

EINLADUNG

Karl-Bröger-Gesellschaft Nürnberg e.V. in Kooperation mit
Arabisches Haus Nürnberg e.V.

Reihe: „10 Jahre Arabischer Frühling – Blick auf die Arabische Welt“ mit Günter Gloser,
ehem. Staatsminister im Auswärtigen Amt und ehemaliges Mitglied im
Deutschen Bundestag (1994-2013)

Montag, 8. März 2021, 18.00 – 19.00 Uhr

Teil 1: „Jemen – von der Hoffnung in den Abgrund“

Gast: Prof. Dr. Horst Kopp, ehem. Professor an der FAU Erlangen-Nürnberg, Vorsitzender
des Vereins Arabisches Haus Nürnberg e.V. und Gründungsmitglied der Deutsch-Jemeni-
tischen Gesellschaft. Über viele Jahre verantwortete Prof. Dr. Kopp das herausragende Mit-
gliedermagazin „Jemen-Report“

Montag, 15. März 2021, 18.00 – 19.00 Uhr

Teil 2: „Wie aus einem Frühling ein Winter wurde – Bilanz des
Arabischen Frühlings in Nordafrika“

Gast: Gabriela Heinrich, stv. Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion Bundestagsfraktion
für Außen, Verteidigung, Entwicklung und Menschenrechte und Vorsitzende der Parlamen-
tariergruppe Maghreb-Staaten



GESCHLECHTERGERECHTIGKEIT TROTZ CORONA KRISE

von GABRIELE PENZKOFER-RÖHRL

Seit Beginn der Corona-Pandemie wird diskutiert, ob und inwiefern in dieser Ausnahmesituation Frauen durch die Maßnahmen des Lockdown besonders betroffen sind und wie sich dies auf die Gleichstellung von Frauen und Männern gesamtgesellschaftlich auswirkt.

So haben Frauen zu Beginn der Pandemie stärker als Männer ihre bisherige Arbeitszeit reduziert, um Familie, Homeschooling und Beruf zu vereinbaren. Sie wählen aus diesem Grund auch häufiger die Arbeit im Homeoffice. Die Kombination aus Homeoffice, Sorge- und Bildungsarbeit ist jedoch sehr belastend – eine wirkliche Vereinbarkeit von Beruf und Familie ist in diesen Zeiten kaum gegeben. Wir müssen daher sehr darauf achten, dass flexible Arbeitszeiten nicht zu größeren Doppelbelastungen oder zu Benachteiligungen in der beruflichen Weiterentwicklung von Frauen führen. Ich denke, dass wir dem als Arbeitgeberin Stadt Nürnberg mit der neuen Dienstvereinbarung zu Homeoffice und mobilem Arbeiten gerecht werden, dies muss jedoch kontinuierlich beobachtet werden.

Ob die Krise tatsächlich zu einer befürchteten Retraditionalisierung in Bezug auf die partnerschaftliche Arbeitsteilung im Bereich der familiären Erziehungs- und Sorgearbeit führt, lässt sich augenblicklich noch nicht abschlie-

ßend beantworten. Von der Hand zu weisen ist die Gefahr jedoch nicht, dass sich bereits bestehende Ungleichheiten durch die Pandemie verstärken oder gar verfestigen.

In besonderer Weise betroffen sind Frauen aber insbesondere auf dem Arbeitsmarkt.

So beträgt ihr Anteil an den systemrelevanten Berufen wie Pflege, Erziehung und Einzelhandel knapp 75% – Berufe, die trotz ihrer gesellschaftlichen Relevanz und hoher Arbeitsbelastung chronisch unterbezahlt sind. Hier brauchen wir eine grundsätzlich neue Bewertung dieser Tätigkeiten, die sich spürbar in der Bezahlung auswirkt.

Frauen arbeiten nicht nur häufiger als Männer in Teilzeit, sondern auch überproportional als geringfügig Beschäftigte. Hinzu kommt, dass diese Arbeitsverhältnisse größtenteils durch die Pandemie ersatzlos weggefallen sind – so erhalten sie kaum oder gar kein Kurzarbeitergeld. Insgesamt erhöht die augenblickliche Situation das ohnehin schon existierende Risiko der weiblichen Altersarmut.

Die Pandemie zeigt wie durch ein Brennglas soziale und geschlechtsspezifische Benachteiligungen auf. Dies gilt insbesondere für gewaltbetroffene Frauen und Kinder.

Die Unterstützungs- und Beratungseinrichtungen wie z.B. das Frauenhaus und die Frauenbe-

ratung berichten, dass die Situation in Partnerschaften mit bereits vorhandenen gewalttätigen Strukturen unter diesen Bedingungen nochmals eskaliert und an Brutalität zunimmt. Zudem scheuen sich viele Opfer in der aktuell prekären Situation und aus Angst vor möglicher Infizierung, aus der gewaltgeprägten Situation auszubrechen. Die oft ständige Anwesenheit des Partners erschwert oder verhindert zudem, Hilfe zu suchen. Wir haben hier in Nürnberg ein gut ausgebautes Angebot für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder – so konnte beispielsweise im ersten Lockdown das Platzangebot des Frauenhauses durch die Anmietung externer Appartements erweitert werden. Es sind aber staatlicherseits weitere Maßnahmen nötig: neben weiteren finanziellen Zuschüssen, um verlässliche Hygienekonzepte umsetzen zu können, müssen Bewohnerinnen und Mitarbeiterinnen der Unterstützungseinrichtungen in frühere Phasen der Impfstrategie einbezogen sowie die für eine Frauenhausaufnahme notwendige Testung und deren Abrechnung entbürokratisiert werden.

An dieser Stelle möchte ich mich ganz besonders bei den Mitarbeiterinnen der Frauenberatungsstellen für ihre hochengagierte Arbeit für gewaltbetroffene Frauen und ihre Kinder bedanken.

Die aktuelle Situation darf uns aber nicht daran hindern, auch zukünftig aktiv gegen häusliche Gewalt vorzugehen und sie zu verhindern.

Im Februar 2018 trat das „Übereinkommen des Europarats zur Verhütung und Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen und häusliche Gewalt“ in Kraft. Mit der Ratifizierung dieser sogenannten „Istanbul Konvention“ verpflichtet sich Deutschland, auf allen staatlichen Ebenen mit umfassenden koordinierten Maßnahmen dafür zu sorgen, dass geschlechtsspezifische, häusliche und sexualisierte Gewalt bekämpft, Betroffene Zuflucht, Schutz und Unterstützung erhalten und Gewalt nachhaltig verhindert wird.

Nun muss es darum gehen, dies auch auf kommunaler Ebene umzusetzen. Wir haben daher zusammen mit den „Guten“ den Antrag gestellt, einen kommunalen Aktionsplan zur Umsetzung der Istanbul-Konvention zu entwickeln. Dabei soll unter Einbeziehung der Einrichtungen des Frauenunterstützungssystems Bedarfe ermittelt und Leitlinien entwickelt werden, um geschlechtsspezifische Gewalt präventiv und repressiv zu bekämpfen. Die auch für die Kommunen negativen finanziellen Folgen der Pandemie dürfen uns nicht daran hindern dies anzugehen. Und wir müssen die Erkenntnisse aus der Pandemie für sozial- und gleichstellungspolitische Weichenstellungen nutzen. Es bleibt viel zu tun.

von GABRIELA HEINRICH, MdB

Nachhaltiger Konsum ist ein wesentlicher Beitrag für eine gerechte Welt. Mit einem Lieferkettengesetz wollen wir sicherstellen, dass deutsche Unternehmen entlang ihrer Lieferkette die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht übernehmen. Dafür hat die SPD jahrelang hart gekämpft.

Der oder die Einzelne kann in der Regel kaum erkennen, woher ein Produkt mit all seinen Bestandteilen kommt. Was steckt drin im Kaffee? Wer hat die Kleidung genäht? Aus welcher Mine kommen die Rohstoffe fürs Handy? Kommt das Metall aus den Minen in Afrika, für die die Bevölkerung von ihrem Land vertrieben wurde? Wurde Kinderarbeit genutzt, um den Kakao in unserem Keks zu ernten?

Das alles können Verbraucherinnen und Verbraucher gar nicht herausfinden. Deshalb hat die SPD jahrelang auf ein Lieferkettengesetz gedrängt. Die grundsätzliche Einigung für den Gesetzentwurf sieht jetzt vor, dass es die Firmen sein sollen, die Missstände in der Lieferkette erkennen. Und sie sind auch verpflichtet, für Abhilfe zu sorgen. Sie müssen innerhalb des Unternehmens Strukturen schaffen, die ein Auge auf die Lieferketten haben. Auch Umweltfragen werden berücksichtigt, wenn sie Menschenrechte berühren. Dies gilt etwa beim Abbau von Rohstoffen, bei dem die Gesundheit oder die Lebenswelt von Menschen gefährdet wird.

Uns ist wichtig, dass das Gesetz Zähne bekommt. Für Nichtregierungsorganisationen und Gewerkschaften soll es daher möglich sein, Betroffene vor Gericht zu vertreten. Es soll Vor-Ort-Kontrollen in Unternehmen und Bußgelder bei Verstößen gegen die menschenrechtliche Sorgfaltspflicht geben. Wer die Pflichten ignoriert, soll bis zu drei Jahre von öffentlichen Ausschreibungen ausgeschlossen werden. Verhängte Bußgelder sollen in einen Fonds zur Stärkung menschenrechtlicher Sorgfalt in der globalen Wirtschaft fließen.

Es geht aber nicht nur um Strafen: Betriebe sollen auch dabei unterstützt werden, die neuen Regeln umzusetzen. Es wird den Unternehmen bei der Kontrolle der Lieferketten nichts abverlangt, was sie nicht leisten könnten. Deswegen gilt das Gesetz auch nur für sehr große Unternehmen und soll stufenweise in Kraft treten. Das Gesetz sorgt für fairen Wettbewerb! Denn bisher sind diejenigen im Nachteil, die freiwillig auf die Einhaltung der Menschenrechte bei ihren Lieferanten achten. Die Einhaltung menschenrechtlicher Standards kann dabei auch für Produkte ein besonderes Qualitäts-



DAS LIEFERKETTENGESETZ MUSS KOMMEN

siegel sein, also ein Wettbewerbsvorteil. Zumal die meisten Menschen ja gar keinen Pullover wollen, der auf Ausbeutung basiert.

Der Ausgangspunkt für das neue Gesetz sind die 2011 verabschiedeten Leitprinzipien der Vereinten Nationen für Wirtschaft und Menschenrechte. Auf dieser Basis sind weltweit Aktionspläne entstanden. Dadurch sollten die Menschenrechte in den wirtschaftlichen Lieferketten stärkere Beachtung finden. Grund: Schätzungsweise 152 Millionen Kinder werden weltweit für Arbeit missbraucht. 25 Millionen Menschen arbeiten unter Zwang. Europa geht bei der Umsetzung der Leitprinzipien richtigerweise voran, schließlich geht eine Vielzahl der weltweiten Importe in die EU. Von den weltweit bisher 24 Aktionsplänen sind 18 in europäischen Ländern entstanden.

In Deutschland passierte unter der schwarzen Bundesregierung gar nichts. Aber nach dem Eintritt der SPD in die damalige Große Koalition war es 2016 so weit. Auf unseren Druck hin startete in Deutschland der Nationale Aktionsplan Wirtschaft und Menschenrechte (NAP). Er war der erste Schritt, die UN-Leitprinzipien mit Leben zu füllen – zunächst mit einer freiwilligen Lösung für menschenrechtliche Sorgfaltspflichten in der Liefer- und Wertschöpfungskette. Das war ein Kompromiss, aber immerhin ein erster Schritt. Ganz im Sinne

des afrikanischen Sprichworts: „Es ist besser, mit drei Sprüngen zum Ziel zu kommen, als sich mit einem das Bein zu brechen.“

Im Koalitionsvertrag hatten wir (in weiser Voraussicht) festgelegt, dass eine gesetzliche Lösung kommt, falls die freiwillige nicht ausreichend greift. Das ist mit dem Lieferkettengesetz nun der Fall. Nachdem die Grundsatzvereinbarung nun endlich erfolgt ist, startet bald die parlamentarische Beratung. Diese wird noch ein harter Kampf für uns, denn viele in CDU und CSU wollen das Gesetz noch stoppen. Übrigens: Im letzten Sondierungspapier der Jamaika-Parteien wurde über ein Lieferkettengesetz kein Wort verloren. Wenn es jetzt kommt, ist das also alles andere als selbstverständlich.

Ein deutsches Lieferkettengesetz wäre international ein wichtiges Signal – gerade innerhalb Europas. Zumal wir auch bei unserem nächsten Ziel vorankommen: Noch in diesem Jahr will die EU-Kommission einen Vorschlag für eine EU-weite gesetzliche Regelung machen. Damit würde Europa den Übergang von freiwilligen zu verbindlichen Regeln schaffen. Gelingt das, wären wir bei der weltweiten Umsetzung der UN-Leitprinzipien einen großen Schritt weiter. Ziel bleibt eine globale Wirtschaft, die nicht auf dem Leid und der Ausbeutung von Menschen aufbaut, sondern auf der Achtung von Menschenrechten.

PROBLEME JUNGER MENSCHEN MÜSSEN VON DER POLITIK STÄRKER BEACHTET WERDEN

AKTUELLE STUNDE IM LANDTAG

von ARIF TAŞDELEN, MdL

Junge Menschen leiden besonders unter den Auswirkungen der Corona-Pandemie und den Kontaktbeschränkungen. Gleichzeitig kommen ihre Bedürfnisse in der öffentlichen Diskussion wie auch in den politischen Entscheidungen oft zu kurz. Deshalb hat unsere Fraktion die Situation junger Menschen in das Zentrum der Aktuellen Stunde im Landtag am 4. Februar gestellt. Als jugendpolitischer Sprecher habe ich gemeinsam mit unserer sozialpolitischen Sprecherin Doris Rauscher in der Plenardebatte deutlich gemacht, dass wir in Bayern junge Menschen mehr in den Blick nehmen müssen.

Hier ein Auszug aus meiner Rede:

„Sehr geehrter Herr Präsident, liebe Kolleginnen, liebe Kollegen,

Zu Beginn meiner Rede möchte ich etwas tun, das bisher aus meiner Sicht viel zu kurz gekommen ist: Mich bei den Jugendlichen bedanken. Sie haben sich seit Beginn der Pandemie sehr solidarisch verhalten. Leider wurden Jugendliche in den letzten Monaten immer wieder zu Sündenböcken gemacht. Es wurde so dargestellt, als ob Jugendliche einfach nicht die nächste Party abwarten könnten. Dabei sollten wir alle nicht vergessen, dass es vor allem auch Jugendliche waren, die im Lockdown sofort ihre Hilfe angeboten haben und für ältere Menschen den Einkauf oder den Gang zur Apotheke übernommen haben.

Besonders ehrenwert ist diese Hilfe vor dem Hintergrund, dass Jugendliche mit am stärksten von der Krise betroffen sind. In einer Studie der Uniklinik Hamburg gaben 70 Prozent der befragten Kinder und Jugendlichen an, dass sie sich durch die Corona-Krise seelisch belastet fühlen. 40 Prozent sprechen von einer geminderten Lebensqualität, 31 Prozent zeigen psychische Auffälligkeiten. Junge Menschen sind momentan in vielerlei Hinsicht in einer schwierigen Situation. Da ist die Situation zuhause mit räumlicher Enge und familiären Problemen. Die Eltern

sind vielleicht in Kurzarbeit, die Schulen geschlossen, der Digitalunterricht funktioniert nicht, außerschulische Jugendarbeit findet nicht statt. Wie schaffe ich meinen Abschluss? Wird mein Betrieb mich nach der Ausbildung übernehmen? Finde ich nach meinem Abschluss einen Job? Wie finde ich überhaupt meinen beruflichen Weg? Ohne Praktika, Jobmessen und Infoveranstaltungen in der Schule fällt all das schwer.

Leider haben wir erst kürzlich wieder einmal gesehen, wie planlos der Schulunterricht fast ein Jahr nach Beginn der Pandemie immer noch abläuft. Ohne die Abiturientinnen und Abiturienten in die Entscheidung mit einzubeziehen, ordnete die Staatsregierung Wechselunterricht für Abschlussklassen an. Die Regierungsfractionen beteuern zwar immer wieder, dass Schülerinnen und Schülern keine Nachteile entstehen werden. Passiert ist aber nichts, obwohl dazu konkrete Vorschläge von der Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft und vom Bayerischen Lehrerinnen- und Lehrerverband auf dem Tisch liegen. Auch Vorschläge vom bayerischen Jugendherbergswerk, Jugendherbergen als alternative Unterrichtsorte zu nutzen, um den Präsenzunterricht räumlich zu entzerren, werden ignoriert.

Wir als Fraktion bestehen seit Jahren immer wieder darauf, dass wir mehr für die Jugend in Bayern tun müssen. Das gilt während und nach Corona umso mehr. Der erste und ganz wichtige Schritt wäre die Absenkung des Wahlalters auf 16 Jahre. Junge Menschen sind politisch interessiert und sollen endlich auch mitbestimmen. Unsere Gesetzentwürfe zur Senkung des Wahlalters wurden von CSU und Freien Wählern im Landtag leider immer wieder abgelehnt. Auch der Jugend-Check, den wir im Herbst 2019 beantragt haben, sollte schnellstmöglich umgesetzt wer-

den. Nur so können wir sicherstellen, dass zukünftige Gesetze auch daraufhin geprüft werden, inwiefern sie das Leben junger Menschen beeinflussen.

Außerdem müssen Jugendverbände in ihrer Arbeit besser unterstützt werden. Insbesondere in der aktuellen Krise spielen sie eine sehr wichtige Rolle, indem sie Jugendliche auffangen, die es momentan nicht leicht haben. Deshalb wäre es hilfreich, wenn die Jugendverbände als gemeinnützige Träger auch vom Förderprogramm Digitalbonus profitieren könnten, so wie ich es im Dezember 2020 beantragt habe. Damit könnte ihnen der Freistaat bei der Digitalisierung ihrer so wichtigen Angebote helfen.

Für die Wirtschaft haben wir mittlerweile wichtige Möglichkeiten wie Click & Collect. Das ginge auch für Einrichtungen der Jugendarbeit. Kinder und Jugendliche hätten so die Möglichkeit, Spielmaterial und Sportgeräte auszuleihen. Wir als Fraktion unterstützen ausdrücklich auch diese Forderung des Bayerischen Jugendrings. Leider sehen wir hier wieder einmal, dass die Staatsregierung die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen nicht im Blick hat. Unterstützung brauchen auch unsere Jugendherbergen, Schullandheime und Jugendbildungsstätten. Durch die Schließungen sind viele in ihrer Existenz bedroht. Auch hier werden wir uns als Fraktion bei der Staatsregierung weiter für ausreichende und langfristige finanzielle Hilfen einsetzen (...).“

Jugendpolitik ist für mich mehr als eine Aufgabe, es ist für mich eine Herzensangelegenheit. Deshalb werde ich im Landtag auch weiter alles daran setzen, dass wir fraktionsübergreifend zusammenarbeiten und so gemeinsam bessere Lebensbedingungen für alle jungen Menschen in Bayern erzielen.



von STEFAN SCHUSTER, MdL

Vom Dienstag, den 19.01.2021, bis Donnerstag, den 21.01.2020, fand die dreitägige hybride Klausurtagung der SPD-Landtagsfraktion statt. Hybrid bedeutet, dass ein Teil der Fraktion an den Sitzungen vor Ort im Senatsaal des Bayerischen Landtags teilgenommen hat und der andere über Videokonferenz von zuhause aus zugeschaltet wurde. Ich habe als innenpolitischer Sprecher der Fraktion vor Ort in München teilgenommen. Unter dem Motto „Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft“ wurde die inhaltliche Ausrichtung der Fraktion für die nächsten Monate diskutiert. Am letzten Tag der Klausur besprach die Fraktion mit SPD-Kanzlerkandidat, Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz die Herausforderungen der Corona-Krise.

Tag eins der Klausurtagung startete für alle Anwesenden mit einem Corona-Schnelltest, um eine mögliche Verbreitung des Virus zu vermeiden. Darüber hinaus wurden über die ganze Klausur selbstverständlich entsprechende Hygieneregeln (beispielsweise Masken, Abstand, Desinfektion) eingehalten.

Im Fokus des ersten Tags der Winterklausur stand nach einer Vorbereitungssitzung das Gespräch zur aktuellen Corona-Lage: Herausforderungen für Kliniken und Intensivstationen mit Prof. Dr. Bernhard Zwißler, Direktor der Klinik für Anästhesiologie am LMU Klinikum der Universität München und Generalsekretär der Deutschen Gesellschaft für Anästhesiologie und Intensivmedizin e. V.. Aus diesem Gespräch formulierte die Landtagsfraktion unter anderem Forderungen zu einer transparenteren Impfstrategie, sowie einem erhöhten Tempo bei den Corona-Impfungen. Ein für den Abend des ersten Tages geplantes Schaustellergespräch musste leider ausfallen.



ZUSAMMENHALT.

ZUVERSICHT.

ZUKUNFT.

WINTERKLAUSUR DER LANDTAGSFRAKTION

Am folgenden Tag beschäftigte sich die Landtagsfraktion vor allem mit Bildung in der Zukunft und der Frage, ob die Corona-Krise hierbei als Chance genutzt werden kann. Zu Gast war Univ.-Prof. Dr. Michael Schratz, der mit seiner Expertise als Schulpädagoge, Professor an der Universität Innsbruck und Sprecher der Jury des Deutschen Schulpreises die Diskussion der Fraktion begleitete. Am Ende des Tages sind die Forderungen der Fraktion klar: Es braucht mehr digitale Angebote an bayerischen Schulen, auch nach der Krise. Lehrer*innen und Schüler*innen müssen zudem im Umgang mit diesen gezielt geschult werden. Weiterhin stand am zweiten Tag der Klausur noch ein Gespräch mit Prof. Dr. Thorsten Kingreen, Professor für Öffentliches Recht, Sozialrecht und Gesundheitsrecht an der Universität Regensburg, zum Thema Demokratie und Grundrechte in der Pandemie an.

Der dritte und letzte Tag der Klausurtagung war durch den Austausch der Landtagsfrakti-

on mit SPD-Kanzlerkandidat, Finanzminister und Vizekanzler Olaf Scholz geprägt. Thema waren die Eckpfeiler der Corona-Politik 2021. Konsens des Gespräches ist, dass die Herausforderungen der Corona-Pandemie nur solidarisch gemeistert werden können. Insbesondere Kommunen und Gemeinden müssen bei der finanziellen Bewältigung der Krise durch den Freistaat unterstützt werden.

Außerdem wurde am letzten Tag der Winterklausur mit Dr. Carsten Brosda, Senator der Hamburger Behörde für Kultur und Medien, über Kultur im Lockdown und einen möglichen Neustart dieser diskutiert und es fand ein Gespräch über wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutz mit Ralph Büchele, Mitautor der Publikation „Wirtschaftliche Chancen durch Klimaschutz“ des Umweltbundesamts statt. Aus dem Austausch ergaben sich zum einen Forderungen zu einer Öffnungsperspektive für die Kunst- und Kulturlandschaft in Bayern, zum anderen die Forderung nach einem wissenschaftlich fundierten und umfassenden Konzept für ein klimafreundliches und nachhaltiges Bayern, das in einer Enquete-Kommission „Sozial-ökologische Modernisierung“ im Bayerischen Landtag diskutiert werden soll.

Neben den zahlreichen Expertengesprächen wurden über alle drei Tage auch einige fraktionsinterne Gespräche und Beratungen geführt, sowie regelmäßige Pressebriefings und -konferenzen abgehalten. Leider mussten aufgrund der aktuellen Situation sämtliche Veranstaltungen, die gewöhnlich um eine solche Klausur stattfinden, wie zum Beispiel der Fraktionsabend, entfallen.

Alles in Allem blicke ich somit auf arbeitsreiche Tage zurück, die die Landtagsfraktion mit klaren Konzepten unter dem Motto „Zusammenhalt. Zuversicht. Zukunft“ in ein neues Jahr starten lassen.

EIN UNGLÜCK NAMENS „DIE LETZTE INSTANZ“

von OGUZ AKMAN

Vor mehreren Wochen strahlte der WDR eine Folge der Fernsehsendung „Die letzte Instanz“ aus, in der man mit mehreren Gästen ganz locker und unterhaltsam über kontroverse Fragestellungen diskutiert und am Ende die Gäste und das Publikum gemeinsam abstimmen dürfen, wie sie zu diesen Fragestellungen stehen. So weit so gut.

„Wir sind mit diesen Begriffen aufgewachsen – wir meinen es nicht böse“. In der einstündigen Sendung werden mehrere Fragen diskutiert, in der besagten Sendung (vor ca. einem Monat ausgestrahlt) hat man unter anderem über folgende Fragen diskutiert: „Das Ende der Z*****-Sauce: Ist das ein notwendiger Schritt?“ Daraufhin versuchten die Gäste (Janine Kunze, Micky Beisenherz, Thomas Gottschalk und Jürgen Milski) sich gegenseitig geistig zu unterbieten - was sie auch schafften. Meine Highlights der „Debatte“ zwischen den Gästen kamen von Janine Kunze und Thomas Gottschalk. Janine Kunze konnte nicht nachvollziehen, wieso Sinti und Roma sich beschwerten, denn sie als blonde Frau mit großer Brust sei auch öfter Ziel dummer Witze und sie beschwere sich ja auch nicht. Thomas Gottschalk setzte einen drauf, als er voller Inbrunst behauptete, er würde wissen, wie sich Schwarze fühlen, denn er sei mal als Jimi Hendrix (inklusive Afro und Blackface) in Beverly Hills auf eine Party mit nur weißen Bänkern gegangen. Am Ende des 18minütigen Gesprächs wurde

dann im gesamten Studio abgestimmt, ob man die Änderung der besagten Sauce für gut oder schlecht empfindet. Nur ein älterer Herr im gesamten Studio empfindet die Umbenennung der Paprikasauce als richtig, während alle anderen, mit unter anderem die vier nicht so woken Gäste die Umbenennung als falsch ansehen, da sie mit diesen Begriffen aufgewachsen sind und man es ja nicht böse meint.

Was ist schiefgelaufen?

Man hat, wie bei so vielen Sendungen, die im Nachgang kritisiert werden, nicht daran gedacht, Menschen einzuladen, die das anders als die eingeladenen Nicht-Sinti und Roma sehen. Wie kann man also das Thema der Sprachsensibilität von beiden Seiten beleuchten, wenn man nur Menschen einlädt, die weder selbst Betroffene noch Expert*innen im Gebiet der Sprachsensibilität sind? Kombiniert man die unglückliche Auswahl der Gäste mit einer meiner Meinung nach überforderten Moderation, dann erhält man genau das, was man in der Sendung beobachten konnte: eine 18minütige Trauerveranstaltung mit vier Menschen, die nicht akzeptieren können, dass die Gesellschaft sich im Bezug auf Sprache und dem Umgang dieser stetig weiterentwickelt.

Keine Sprache existiert im luftleeren Raum. Sie wird von den Menschen geformt und gesprochen, die in diesem Land leben. Ich hätte niemals gedacht, dass türkische und arabische Redewendungen und Wörter Einzug in den deutschen Sprachgebrauch halten werden, was wiederum andere Probleme mit sich bringt. Auch die deutsche Sprache

wird von den Menschen geformt, die in Deutschland leben. So verfahren wir auch als Gesellschaft mit Wörtern, die Minderheiten beleidigen und im Falle der Paprikasauce Stereotype über Sinti und Roma perpetuieren. Wenn ich also mit meinem Verzicht eines Begriffes diese Gesellschaft inklusiver gestalten kann, dann tue ich das und poche nicht darauf, dass wir vor x Jahren damit aufgewachsen sind und wir es nicht böse meinen. Es geht bei solchen Debatten nie darum, wie ein Wort oder eine Tatsache gemeint ist, sondern wie es bei denen, die davon negativ beeinflusst werden, ankommt.

Alle sind immer so betroffen und schockiert, wenn antisemitische und rassistisch motivierte Taten begangen werden; es werden Gedenkveranstaltungen und Mahnwachen organisiert, wir fragen uns aber selten bis nie, was wir tun können, um das Leben der Betroffenen und Minderheiten im Allgemeinen zu verbessern. Ich will keine geheuchelte Solidarität, wenn das Kind schon in den Brunnen gefallen ist. Gerade solche Debatten und das Beharren der Mehrheitsgesellschaft auf den Status Quo geben Menschen, die nicht der Mehrheitsgesellschaft angehören, das Gefühl, dass wir auch weiterhin nicht dazu gehören werden. Und ich frage mich wieder einmal, wieso sich Menschen so schwer tun auf Wörter zu verzichten, die andere ausschließen und beleidigen, wenn wir doch alle wissen, dass menschenfeindliche Sprache das Zusammenleben nicht fördert, sondern ganz im Gegenteil sie einzeln Menschen sogar radikalisiert.

SOZIALDEMOKRATISCHE KLIMAPOLITIK

PLÄDOYER FÜR EINE SOZIAL-
ÖKOLOGISCHE TRANSFORMATION!

von NASSER AHMED und KERSTIN GARDILL

Die Klimakrise war wegen des Einsatzes behetzter Schüler:innen von Fridays for Future das politische Top-Thema der vergangenen Jahre. Durch die Corona-Pandemie ist die Klimakrise jedoch abrupt aus den Schlagzeilen verschwunden. Einerseits ist das nachvollziehbar, da die Corona-Krise im Hier und Jetzt die existenzielle Herausforderung schlechthin darstellt. Daher ist es auch absolut richtig, alle politische Kraft vorerst in deren Lösung zu stecken. Andererseits nährt das die Sorge der Klimaaktivist:innen, dass unter dem Vorwand der Corona-Krise die Umsetzung der herausfordernden Klimaziele „beerdigt“ wird.

Für uns als Sozialdemokraten muss klar sein: die Überwindung der Corona-Krise und der Klima-Krise dürfen nicht gegeneinander ausgespielt werden!

Der Grund muss auch klar benannt werden: Die zugrundeliegenden Probleme beider Krisen sind zu einem großen Teil menschengemacht und nicht naturgegeben. Das erkennt man in der Klimapolitik etwa daran, dass eine Transformation der Automobilindustrie und der Ausstieg aus der Kohlenenergie seit Jahrzehnten aufgrund von Lobby-Interessen verschleppt wird. Und in der Pandemie wird eine Reihe von Versäumnissen und Verfehlungen der letzten Jahrzehnte wie „durch ein Brennglas“ verstärkt: der Lehrer*innen-Mangel sowie das Fehlen digitaler Infrastruktur an Schulen, schlecht ausgestattete Gesundheitsämter, zu wenig und schlecht bezahltes Personal an Kliniken und eine Gesellschaft, die im Zweifelsfall unbezahlte Care-Arbeit auf Frauen abwälzt. All diese Punkte sind keine Zwangsläufigkeit, sondern Ausfluss falscher Politik der letzten Jahrzehnte.

Das abwegige Primat des Profits über unser Leben zeigt sich gerade jetzt im Lockdown – wo alle Hebel in Bewegung gesetzt wurden, um Lieferketten abzusichern, Büros offenzuhalten, die Bundesliga für TV-Gelder offen zu halten – während es bis heute, ein Jahr nach Beginn der Pandemie, immer noch kein tragfähiges Konzept für KiTas, Schulen und die Bedürfnisse von Kindern und Jugendlichen gibt.



Wir brauchen eine neue Wirtschaftsordnung: Green New Deal!

Klima- und Corona-Krise sind menschengemacht. Um sie in den Griff zu bekommen, braucht es eine Veränderung des heutigen Wirtschaftssystems, das nachweislich zulasten der Umwelt und natürlicher Ressourcen der Entwicklungsländer geht sowie zu einer Prekarisierung der Mittelschichten auch in Deutschland führt. Damit muss Schluss sein!

Die Corona-Krise darf folglich nicht die Klimapolitik verlangsamen, sondern kann Auftakt einer sozial-ökologischen Veränderung der Wirtschaft sein. Menschen erkennen jetzt in der Krise: Wirtschafts- und Finanzpolitik sind ebenso menschengemacht wie die Krisen unserer Zeit und wir können gegensteuern!

Gerade jetzt, da die Wirtschaft Konjunkturprogramme benötigt, sollte der Staat verkrustete Strukturen, wie etwa die in der Automobilindustrie gerade nicht alimentieren. Der Staat sollte in zukunftssichere und nachhaltige Bereiche investieren – etwa nur in den Bereich der Elektro- und Wasserstoffmobilität und dadurch viele zukunftsfeste Arbeitsplätze schaffen.

Zudem sind wirtschaftliche Zukunftsfelder für eine nachhaltige Wirtschaft endlich auch als zentrale Felder der Wirtschaftspolitik zu etablieren: Die Wind- und Solarenergie-Branche, E-Mobilität, nachhaltige Nahrungsmittel-Industrie, biologische Landwirtschaft und viele Branchen mehr müssen endlich in der öffentlichen Debatte und in der wirtschaftspolitischen Realität einen höheren Stellenwert erhalten, als Mineralölunternehmen, Automobil- und Luftfahrtindustrie. Auch hier können Millionen weiterer Arbeitsplätze entstehen.

Mensch und Umwelt müssen im Fokus stehen
Als Sozialdemokrat:innen wollen wir eine Wirtschaftsweise etablieren, in der das entscheidende Maß der Mensch und seine Umwelt sind.

Anstatt bei einer Transformation der Wirtschaft jedoch – wie die Grünen – auf Verbote zu setzen, wollen wir mit klugen Konzepten

den Umstieg schaffen. Wir wollen Menschen nicht mit plumpen Maßnahmen, wie dem „Dieselverbot“ und moralische Diskussionen über „autofreie Städte“ bevormunden. Vielmehr wollen wir, dass Elektro- und Wasserstoff-PKW in Deutschland von gewerkschaftlich gut organisierten Arbeitnehmer*innen gebaut werden. Für saubere Autos der Zukunft wird in sozialdemokratisch geführten Städten Platz bleiben.

Der massive Ausbau des Öffentlichen Nahverkehrs, des Radwegeausbaus und eine echte Stärkung des DB-Fernverkehrs scheidet zudem bislang an unfähigen CSU-Verkehrsministern. Durch den benötigten Ausbau in allen drei Bereichen könnten Millionen Arbeitsplätze entstehen. Zudem profitieren alle durch bessere Luft, wenn mehr Menschen die Chance haben, vom Verbrenner-Auto umzusteigen.

Veränderung ist möglich

Politik und Wirtschaft sind menschengemacht. Wir können sie gestalten. Das muss unsere Botschaft sein! Wir müssen uns stärker abgrenzen vom klimapolitischen Kurs der CSU und auch von dem der Grünen.

Die CSU will keine zu großen Eingriffe in die Wirtschaft. Alles soll durch „Anreize und Technologie“ gelöst werden. Der Markt regelt den Rest. Dieser Ansatz ist jedoch gescheitert!

Die Grünen hingegen setzen zu häufig beim Einzelnen an und delegieren Verantwortung auf den kleinen Mann und die kleine Frau: „Iss kein Fleisch“, „fahr kein Auto“, „wenn du Auto fährst, dann nur einen teuren E-Wagen“, etc. Dieser Weg ist zum Scheitern verurteilt!

Wir als SPD setzen auf den Wandel der Wirtschaft im Sinne aller Menschen. Wir können die Wirtschaft und ihre Regeln verändern – daher sollten wir es auch tun! Der Mythos der Wirtschaft, die sich selber regelt, sollten wir ein für alle mal beerdigen.

Für die sozialökologische Veränderung der Wirtschaft brauchen einen gesellschaftlichen Dialog, der alle Menschen in diesem Land mitnimmt. Diesen sollten wir als SPD gestalten.



Bei Umzug, mit neuer Anschrift zurück.



von IGOR KOROVIN

Liebe Genoss*innen, dieser Artikel stellt einen kleinen Ausschnitt eines Diskussionspapiers zur Zukunft der SPD Nürnberg dar, das ich nach der Kommunalwahl 2020 mit der Unterstützung von Canan Candemir erarbeitet haben. In diesem „Ideenpapier“ findet ihr viele weitere Beispiele aus meiner Partei- und Ehrenamtarbeit, die ich gerne mit euch teilen möchte, aber die ich aus Platzgründen hier nicht aufgeführt habe. Wenn ihr euch für das vollständige Papier interessiert, findet ihr dieses im roten Netz (<https://rotesnetz.bayernspd.de/user/auth/login>) oder ich sende es euch gerne per E-Mail (korovin.igor@yahoo.de) zu.

Ich vertrete ganz grundsätzlich die Ansicht, dass wir unsere Parteiarbeit stärker nach den Grundbedürfnissen unserer Mitglieder und unserer Zielgruppen ausrichten müssen. Als Orientierung kann dafür z.B. die Theorie des Psychologen Grawe dienen, der mit vier menschlichen Grundbedürfnissen arbeitet. Ich stelle deshalb die Frage: Wie lässt sich diese Theorie praktisch für unsere Parteiarbeit nutzen?

1. Bindung und Nähe

Jeder von uns kennt dieses Bedürfnis und den Wunsch, Teil eines größeren Ganzen zu sein. Menschen zu treffen, die man kennt und mag, ist ein Faktor, der Menschen dauerhaft an eine Organisation binden kann. Aus meiner Sicht ist ein Erfolgsrezept für das Funktionieren von Ortsvereinen, dass (Vorstands-) Mitglieder einzelnen, (neuen) Personen Sympathie entgegenbringen und auf ihre Bedürfnisse eingehen. Bindung entsteht meiner Erfahrung nach in der Regel nicht in der Gremienarbeit, sondern außerhalb. Bei einem privaten Plausch am Rande eines Parteiausschusses oder bei einem Bierchen nach einem Seminartag.

2. Kontrolle und Orientierung

Das Bedürfnis nach Orientierung, Kontrolle und Selbstbestimmung ist meines Erachtens ein ganz wesentliches Bedürfnis bei einer Organisation wie der SPD. Hierbei geht es um das Gefühl, Kontrolle über eine Situation zu haben, etwas verändern zu können und das Gefühl, dass sich der eigene Einsatz lohnt.

DISKUSSIONSBEITRAG ZUR ZUKUNFT DER SPD NÜRNBERG

3. Selbstwerterhöhung/ Selbstwertschutz

Es ist ein natürliches menschliches Bedürfnis sein Selbstwertgefühl zu erhöhen und zu schützen. Entsteht das Gefühl, dass der eigene Selbstwert angegriffen wird, kann dies verschiedene Reaktionen wie „Angriff“ oder „Rückzug“ hervorrufen. Es ist daher wichtig, positives wie negatives Feedback stets respektvoll und direkt mitzuteilen. Auch muss grundsätzlich sinnvolle, persönliche Ambition stets mit einem ausreichenden Maß an Rücksicht auf die Bedürfnisse anderer verbunden sein.

4. Lustgewinn/Unlustvermeidung

Hierunter ist zu verstehen, dass Menschen das Bedürfnis haben, Dinge zu tun, die sie als angenehm empfinden und Dinge zu unterlassen, die ihnen unangenehm sind. Aus meiner Sicht muss die Arbeit in der Partei den Mitgliedern insgesamt Spaß machen. Natürlich gibt es arbeitsreiche Phasen, harte Verhandlungen oder auch unangenehme Themen, die besprochen werden müssen. Wenn jedoch eine entspannte, angenehme Stimmung auf einer Veranstaltung oder in einem Gremium herrscht, kann die Motivation, sich zu engagieren, langfristig erhalten bleiben.

Was bedeutet das für die Arbeit der SPD Nürnberg?

Zum Bedürfnis Bindung und Nähe:

- > Bei jeder Veranstaltung und jedem Gremium muss man sich die Frage stellen, ob diese geeignet ist, Bindung zwischen den Mitgliedern oder Besuchern zu schaffen und zu fördern. Dies kann zum Beispiel durch regelmäßige zwanglose Treffen, Bar- oder Wanderausflüge etc. erreicht werden.
- > Diese Treffen können auch als „Belohnung“ für die häufig sehr intensiven Stunden, die man in die Parteiarbeit investiert, dienen.

Zum Bedürfnis Selbstwerterhöhung/Selbstwertschutz:

- > Probleme direkt und mit einer wertschätzenden Haltung ansprechen.
- > Die gute Arbeit Einzelner, aber auch von Gruppen (Arbeitsgemeinschaften, Arbeitskreisen, Stadtratsfraktion etc.) regelmäßig hervorheben – unabhängig von einer Wahl und dem Wahlkampf.

Zum Bedürfnis Lustgewinn:

- > Sicherstellen, dass Teilnehmer*innen auf Veranstaltungen Spaß haben können oder zumindest etwas tun können, was sie als angenehm empfinden.

Zum Bedürfnis Kontrolle und Orientierung:

- > Anträge der Jahreshauptversammlung und des Parteiausschusses konsequent umsetzen.
- > Ziele der einzelnen Gremien klar benennen und ihre Erfolge würdigen.
- > Abläufe so transparent wie möglich kommunizieren. Dies kann zum Beispiel durch einen regelmäßigen Arbeitsbericht des Unterbezirksvorstands oder der Stadtratsfraktion passieren, mit der Möglichkeit für die Mitglieder Rückfragen zu stellen.
- > Eine enge Zusammenarbeit zwischen Stadtratsfraktion und Parteibasis sicherstellen.

Ich würde mich über euer Feedback zum Artikel freuen, aber auch gerne was ihr denkt, wie die SPD Nürnberg sich künftig aufstellen muss. Wir können gerne per E-Mail, über Facebook oder im roten Netz ins Gespräch kommen.

! Aufgrund der weiterhin geltenden Kontaktbeschränkungen müssen auch im März einige der geplanten Parteitermine ausfallen.

Aktuelle Informationen zu den Terminen finden sich auf der Website der SPD Nürnberg unter www.spd-nuernberg.de.